

DIE FESTUNGSBAUER SCHADEN ÖSTERREICH.

DAS FPÖ-WAHLPROGRAMM 2024 ZU MIGRATION, ASYL UND MENSCHENRECHTEN

Sieglinde Rosenberger und Rainer Bauböck

Haben Sie auch schon überlegt, am 29. September für die FPÖ zu stimmen, weil diese Partei Ihre Sorgen über Migration und Asyl ernst nimmt? Bitte überlegen Sie sich das noch einmal. Die Bundes- und Landesregierungen, an denen die FPÖ beteiligt war und noch ist, haben keine Lösungen zu Migrationsproblemen vorgelegt. Die FPÖ setzt auf dieses Thema nicht deshalb, weil sie umsetzbare Antworten dazu hat, sondern weil sie Angst vor der Zukunft schüren will.

Durch die FPÖ-Politik werden Probleme und Herausforderungen, die durch Migration und die hohe Zahl von Schutzsuchenden in Europa zu bewältigen sind, nicht gelöst. Sie werden verschärft.

Österreich ist ein Zuwanderungsland. Wir sind eine Gesellschaft von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalität, Religion und Hautfarbe. Wir leben in einem Europa mit offenen Grenzen im Inneren und kontrollierter Zuwanderung von außen. Das Wahlprogramm der FPÖ will Österreich in eine „Festung“ verwandeln. **Das Land soll auf sich allein gestellt sein** – ohne und gegen seine europäischen Partner. Es soll sich selbst versorgen; soll kulturell homogen werden, obwohl es das in seiner Geschichte nie war; und es soll schrumpfen durch „Minus-Zuwanderung“ und die erzwungene Rückwanderung (Remigration) von Menschen.

Es wäre falsch zu glauben, dass die Folgen dieser Politik nur Menschen mit Migrationshintergrund spüren werden. **Wir alle würden an Lebensqualität und Freiheit verlieren.** Zum Beispiel durch die Einschränkung der Personenfreizügigkeit in der EU, also die Freiheit in anderen EU-Staaten zu leben, studieren oder Arbeit zu suchen. Unser Sozialstaat müsste seine Leistungen massiv kürzen und könnte die Versorgung und Pflege der älteren Bevölkerung kaum mehr aufrechterhalten. Tourismus und Gastronomie, Landwirtschaft und Bauwirtschaft würden unter dem Mangel an Arbeitskräften leiden und die Preise entsprechend steigen.

Bei dieser Wahl müssen wir auch bedenken, dass das Wahlprogramm der FPÖ **rechtsradikaler ist, als jenes der AfD** in Deutschland; die AfD wird vom Verfassungsschutz beobachtet und mit ihr will derzeit keine andere Partei koalieren. In Österreich gibt es dagegen die reale Möglichkeit einer FP-geführten Koalitionsregierung.

Sie meinen vielleicht, dass viele Forderungen der FPÖ ohnehin nicht umsetzbar sind, sondern nur Wahlkampfgetöse. Das stimmt. Was im Programm der FPÖ steht, ist mit Völkerrecht, EU-Recht und der österreichischen Verfassung vielfach nicht vereinbar. Die FPÖ will aber aus vielen dieser Verträge aussteigen und die österreichische Verfassung radikal ändern. Die FPÖ bräuchte außerdem einen Koalitionspartner, um zu regieren.

Aber wir dürfen uns nicht täuschen: Die meinen das ernst. Wenn eine andere Partei der FPÖ den Steigbügel hält, dann wird unser Land nach dem Drehbuch Viktor Orbáns in eine Festung umgebaut, in der die Lebensqualität sinkt und **Demokratie und Machtkontrollen durch einen autoritär regierenden Volkskanzler ausgehöhlt** werden können.

Lassen Sie uns kurz auf die wichtigsten Punkte zu den Themen Migration, Asyl und Menschenrechte eingehen.



1. ZURÜCK INS MITTELALTER! FESTUNG ÖSTERREICH

Das Wahlprogramm der FPÖ wirbt mit dem Bild Österreichs als mittelalterliche Burg, in der die Bevölkerung sich von Feinden umzingelt fühlen soll.

Derzeit können sich die Österreicher:innen frei in Europa bewegen, beruflich arbeiten, studieren und reisen. Viele schätzen dieses Recht auf Bewegungsfreiheit. Einige internationale Organisationen haben ihren Sitz in Österreich und bringen uns Reputation aber auch Wirtschaftsleistung.

- Die Parole „Festung Österreich“ stellt internationale Organisationen und die offenen Grenzen mit unseren Nachbar:innen in Frage. Letzteres bedeutet eine Rückkehr zu permanenten Passkontrollen bei der Ausreise ebenso wie bei der Wiedereinreise für uns alle. Wer trägt die Kosten für diese Kontrollen? Wollen wir diesen Verlust an Freiheit für uns und unsere Kinder?
- Unter dem Schlagwort „Festung Österreich“ fordert die FPÖ auch den Ausstieg aus der Rechtsprechung durch supranationale Gerichte. Gemeint sind der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der EU-Gerichtshof. Sämtliche bestehende internationale Abkommen und völkerrechtliche Verträge sollen auf souveränitätsbeschränkende Komponenten überprüft und gegebenenfalls aufgekündigt werden. Das ist eine unverhüllte Drohung mit dem Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der Europäischen Union. Der Grundgedanke der EU ist es, die Souveränität der Mitgliedstaaten zu bündeln, um für den europäischen Binnenmarkt und den Raum der Bewegungsfreiheit gemeinsame Regeln zu schaffen. Wollen wir diese Errungenschaften ernsthaft in Frage stellen?

2. KICKL WILL ÖSTERREICH SCHRUMPFEN

Österreich ist in den letzten Jahrzehnten nur durch Zuwanderung gewachsen. Die FPÖ will nun aber eine „Minus-Zuwanderung“, d.h. eine negative Nettomigration und damit eine schrumpfende Bevölkerung.

Laut Statistik Austria hatten im Jahr 2023 rund 28 % bzw. 1 248 600 Erwerbstätige einen Migrationshintergrund (2013: 19 %). Eine Schrumpfung der Bevölkerung hätte gravierende Folgen für den Sozialstaat und insgesamt für den Wohlstand im Lande.

- Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Dienstleistungseinrichtungen, Kultur und Wissenschaft sind auf Zuwanderung und internationales Know-how angewiesen. Die Gesellschaft braucht Fachkräfte und Personal in der Pflege, in medizinischen Berufen, auf dem Bau, in der Gastronomie ebenso wie in der Landwirtschaft. Diese Bereiche funktionieren heute nur mehr mit Hilfe von Zuwanderung.
- Daher ist es auch eine Illusion zu glauben, dass der wirtschaftliche Bedarf allein durch die Anwerbung hochqualifizierter Fachkräfte gedeckt werden kann. Wie man am Beispiel der Pflegekräfte sieht, genügt heute auch nicht mehr die Freizügigkeit in der EU, um den dringendsten Bedarf zu stillen. Wer Minus-Migration will, gefährdet die Versorgung pflegebedürftiger Menschen in Österreich.

3. DAS NEUE ÖSTERREICH-UNGARN: GEGEN GEMEINSAME EUROPÄISCHE LÖSUNGEN

Die FPÖ lehnt europäische Lösungen in der Asylpolitik ab. Diese Position richtet sich gegen Österreichs Interessen. Österreich nimmt vergleichsweise viele Schutzsuchende auf. Es würde daher von einem solidarischen System profitieren, in dem alle EU-Staaten zum Flüchtlingsschutz beitragen.



- Die FPÖ will Österreich allein lassen. Sie solidarisiert sich mit jenen, die in der EU gegen Österreichs Interessen auftreten – vor allem mit Ungarn. Viktor Orbán lässt Schlepper frei, nimmt praktisch keine Asylsuchenden auf, betreibt illegale Rückschiebungen (Pushbacks) und beteiligt sich nicht an europäischen Solidaritätsmaßnahmen. Österreich müsste sich aber mit jenen verbünden, die mehr leisten beim Flüchtlingsschutz und nicht mit jenen, die alle Lasten den anderen Staaten aufbürden.
- Putin-Freund Orbán hat vor kurzem seine Festung Ungarn für Zuwanderung aus Russland und Weißrussland geöffnet. Damit ist gerade für diese Migration auch der Schengenraum und damit das Nachbarland Österreich offen.

Das FPÖ-Programm fordert, nach dem Vorbild Ungarns, die Vetokeyle in der EU öfter einzusetzen. So wie es heute mit Ungarn geschieht, droht Österreich damit Verbündete und Partner in der EU zu verlieren, die es aber bei der Durchsetzung seiner Interessen dringend braucht.

4. FÜR GEFLÜCHTETE SIND WIR NICHT MEHR VERANTWORTLICH

Österreich nimmt im europäischen Vergleich viele Geflüchtete und Ukraine-Vertriebene auf und gewährt Grundversorgung.

- Die FPÖ verlangt ein Notgesetz, mit dem das Asylrecht ausgesetzt wird, solange Österreich überlastet ist, stemmt sich aber gegen die Entlastung Österreichs durch europäische Lastenteilung.
- Die FPÖ will keine neuen Asylanträge (insbesondere nicht aus Syrien und Afghanistan) akzeptieren und behauptet, dass es in diesen Staaten keine Fluchtgründe mehr gibt, obwohl dort Bürgerkriege oder islamistische Diktatur herrschen.
- Der Aufenthaltstitel für anerkannte Flüchtlinge soll auf 3 Jahre begrenzt werden. Asyl auf Zeit ist bereits seit 2016 Gesetz. Aber die FPÖ will, dass alle Aufenthaltsberechtigungen automatisch ablaufen und nur nach neuerlicher individueller Prüfung der Fluchtgründe verlängert werden können. Damit würde das Asylsystem massiv überlastet und die Integration von anerkannten Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie bei der Wohnungssuche blockiert. Nicht nur die Menschen mit Fluchterfahrung, auch die österreichischen Betriebe wollen Sicherheit.

5. FAMILIE UND SOZIALLEISTUNGEN NUR MEHR FÜR DIE „EIGENEN LEUT“

Der Zugang zu Sozialleistungen hängt in Österreich vom Aufenthaltstitel und von Versicherungsleistungen ab. Ukrainische Vertriebene und Asylwerber und Asylwerberinnen erhalten eine staatliche Grundversorgung, andere Menschen mit Aufenthaltsberechtigung können unter bestimmten Bedingungen Mindestsicherung erhalten. Wer einen im EU-Recht verankerten Daueraufenthalt bekommen hat, darf beim Zugang zu den meisten Sozialleistungen und auch zu Gemeindewohnungen nicht diskriminiert werden.

- Die FPÖ kündigt einen generellen Ausschluss von Sozialleistungen für Migrant:innen an.
- Sie will „Sachleistungen statt Geld für jene, die nie etwas eingezahlt haben“. Als Beispiel führt sie die Bezahlkarte für Asylwerbende an. Im FPÖ-mitregierten Niederösterreich kann man mit dieser weder in Apotheken noch in Sozialmärkten einkaufen oder Öffi-Tickets bezahlen. Ziel ist es, Asylwerber:innen das Leben möglichst schwer zu machen, ihnen jegliche Selbstverantwortung und Freiheit zu nehmen und ihre Integration zu verhindern, nur um dann argumentieren zu können, dass sie in der sozialen Hängematte und den österreichischen Steuerzahlern auf der Tasche liegen.
- Auch Familie wird zum Privileg für die „Unsrigen“. Familiennachzug wird abgelehnt, gefordert wird die „Familienzusammenführung im Heimatland“.



Der Ausschluss von Ausländer:innen würde den Sozialstaat nicht stabilisieren, sondern das Versprechen der Gleichbehandlung und sozialen Absicherung von Risiken für alle in Frage stellen. Wer würde als nächstes, z.B. in der Sozialhilfe, von Einschränkungen betroffen sein?

6. FPÖ ALS INTEGRATIONSVERWEIGERER: STAATSBÜRGERSCHAFT ALS LUXUSWARE

Wie die europäische Denkfabrik Migration Policy Group festgestellt hat, belegt Österreich zusammen mit Bulgarien in Europa den letzten Platz, wenn es darum geht, niedergelassenen Migranten und Migrantinnen den Zugang zur Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Nur sieben von tausend ausländischen Staatsangehörigen werden in Österreich pro Jahr eingebürgert. Dennoch will die FPÖ die extrem hohen Hürden noch weiter hinaufsetzen.

- Assimilation statt Integration wird als Leitprinzip von der FPÖ gefordert, und die Staatsbürgerschaft soll wieder aberkannt werden, wenn ein persönlicher „Einbürgerungsvertrag“ nicht eingehalten wird. So soll die erzwungene „Remigration“ auch von Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen möglich gemacht werden.
- In Zukunft sollen Antragstellende nicht nur ein Arbeitseinkommen in einer Höhe nachweisen, das 30% der österreichischen Arbeiter und 60% der Arbeiterinnen nicht erreichen, sondern auch noch eigenes Vermögen. Staatsbürgerschaft als Luxusware für die Reichen, das war schon früher der Zugang des von Jörg Haider gegründeten BZÖ. 2009 versprach der Kärntner Landeshauptmannstellvertreter Uwe Scheuch einem russischen Oligarchen den österreichischen Pass als Gegenleistung für Parteispenden.

Wie internationale Studien belegen, ist Einbürgerung nicht der Endpunkt eines Integrationsprozesses, sondern ein Katalysator, der die Integration beschleunigt. Wenn es die Chance auf Einbürgerung nach etwa 5 Jahren gibt, dann investieren Migrant:innen mehr in den Spracherwerb und die berufliche Qualifikation, und wenn sie Staatsbürger:innen geworden sind, dann verbessert das ihre Arbeitseinkommen und verringert die Arbeitslosigkeit.

7. EINFÄLTIGE POLITIK STATT VIELFÄLTIGES ÖSTERREICH

Die österreichische Bevölkerung und ihre Tradition und Kultur soll wieder so homogen werden, wie sie nie waren.

- Die FPÖ sieht die österreichische Kultur durch die Glorifizierung von Vielfalt gefährdet. Sie will die „abendländische Dimension“ des Kulturchristentums und dessen Symbole wie Kreuze und Feiertagsbräuche verteidigen, als ob diese vom Aussterben bedroht wären.
- Assimilationsverweigerer werden bestraft. Damit sind Menschen gemeint, die eine „Geringachtung unseres Landes und Volkes“ zeigen. Diesen soll die Staatsbürgerschaft entzogen werden, damit sie auch abgeschoben werden können, entgegen menschenrechtlichen Grundsätzen.

Das Leitprinzip Assimilation trifft in erster Linie Zugewanderte. Die Kehrseite davon ist der Verlust von Vielfalt für alle. Denn Assimilation verträgt sich nicht mit internationaler Musikkultur oder Küche wie Döner, Pizza, Pide, Hummus und Baklava. Wollen wir darauf verzichten?

8. REMIGRATION: DIE IDENTITÄREN ALS EINFLÜSTERER

Nichtstaatsangehörige, die schwere Straftaten begehen, müssen und sollen abgeschoben werden. Voraussetzung dafür sind Abkommen mit Herkunftsländern oder Drittstaaten. Die FPÖ-Drohung an diese Staaten, Entwicklungshilfe zu streichen, wenn sie bei der Rücknahme nicht kooperieren, wird sie – auch angesichts des äußerst geringen Budgets für solche Hilfen – nicht beeindrucken.



Im Rechtsstaat werden nur jene bestraft, die tatsächlich Verbrechen begehen. Das Aussetzen des Asylrechts und die pauschale Drohung mit der Abschiebung für ganze Herkunftsgruppen kommt einer Kollektivstrafe gleich und erinnert an Österreichs finsterste Zeit im vergangenen Jahrhundert.

Solch rechtsextremes Gedankengut zieht sich durch Kickls politische Reden und durch das aktuelle Wahlprogramm. Der Begriff des Volkskanzlers ist dem NS-Jargon entnommen. Einige menschenfeindliche Parolen wie „Remigration uneingeladener Fremder“ stammen direkt von der Identitären Bewegung. Diese rechtsextreme Gruppe, von der sich sogar frühere FPÖ-Führungen distanziert haben, wird von Herbert Kickl als unterstützungswerte „NGO von rechts“ bezeichnet.

Unabhängig davon, ob die rechtsradikalen Fantasien der FPÖ umsetzbar sind: Sie vergiften das politische Klima in Österreich und weisen den Weg in eine düstere Zukunft.

Daher gehen Sie bitte am 29. September wählen und wählen Sie eine Partei, die für demokratische und soziale Werte eintritt und nicht bereit ist, mit der FPÖ zu koalieren!